

Ersteinstufige
 enthält mit Ausnahme
 der Sonntags- und Feiertags-
 Ausgaben
 12 Nummern
 monatlich 90 Pf.
 vierteljährlich 1.80 Mk.
 halbjährlich 3.60 Mk.
 jährlich 7.20 Mk.
 Durch die Post bezogen
 1.65 Mk. exkl. Postgebühren.

„Die Neue Welt“
 (Unterhaltungsbeilage)
 monatlich 10 Pf.

Verlags- und Anstalts-
 Redaktion: Nr. 386,
 Expedition: Nr. 1047.
 Gesamtredaktion:
 Postfach 1047/1048.



Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühren
 beträgt für die 6 Spalten
 pro Zeile aber deren Raum
 30 Pfennig
 für anmerkungswürdige
 15 Pfennig.
 In redaktionellen Fällen
 halbiert bis Seite 75 Pfennig.
 +
 Infrate
 für die Zeile: Nummer
 1000 bis 10000 10 Pfennig
 10000 bis 100000 15 Pfennig
 100000 bis 1000000 20 Pfennig
 1000000 bis 10000000 25 Pfennig
 10000000 bis 100000000 30 Pfennig
 100000000 bis 1000000000 35 Pfennig
 1000000000 bis 10000000000 40 Pfennig
 10000000000 bis 100000000000 45 Pfennig
 100000000000 bis 1000000000000 50 Pfennig
 1000000000000 bis 10000000000000 55 Pfennig
 10000000000000 bis 100000000000000 60 Pfennig
 100000000000000 bis 1000000000000000 65 Pfennig
 1000000000000000 bis 10000000000000000 70 Pfennig
 10000000000000000 bis 100000000000000000 75 Pfennig
 100000000000000000 bis 1000000000000000000 80 Pfennig
 1000000000000000000 bis 10000000000000000000 85 Pfennig
 10000000000000000000 bis 100000000000000000000 90 Pfennig
 100000000000000000000 bis 1000000000000000000000 95 Pfennig
 1000000000000000000000 bis 10000000000000000000000 100 Pfennig

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Part 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Part 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Der Parteitag in Jena.

Erster Verhandlungstag. — Vormittagssitzung.

C. B. Jena, 11. September 1911.

Von auswärtigen Gästen ist noch erschienen Adler-Wien. Der Souleup-Frag begrüßt den Parteitag namens der tschechoslowakischen Sozialdemokratie und des internationalen tschechischen Proletariats. Wir gebeten darüber dessen, was Ihr uns gebietet. Unsere Partei ist in absehbarer Kampf die große Organisation im tschechischen Volk. Im Namen der Partei habe ich auch über Dinge zu sprechen, die das Zukunftsdenken der tschechischen Sozialdemokratie betreffen. In den letzten Jahren hat man sich als nationaler, separatistischer Partei begeben. Damit tut man uns schweres Unrecht. Wir sind keine Nationalisten oder Separatisten, sondern, wie seit vier Jahrzehnten immer, sind wir internationale Sozialdemokraten. Wenn wir fordern, das überall, wo das Bedürfnis besteht, das Kind in seiner Sprache unterrichtet werde, das der Arbeiter überall, wo seine Sprache landesüblich ist, in ihr feine Arbeit suchen kann, so sind das eminent proletarische Interessen. Das ist unser „Nationalismus“, wir können nicht anders und befinden uns dabei in übereinstimmung mit Verfassungen Deutschlands über den proletarischen Internationalismus. Durch das allgemeine Wahlrecht ist der Kampf der Nationen um den Staat entseelt worden. Wir sind weit entfernt von der Absicht einer Separation von der Internationalen. Wir werden in der deutschen Parteipresse als „Separatist“ diffamiert. Die Spaltung der Gewerkschaften ist nur ein Symptom einer zu überwindenden Krise. Wir sind in Österreich zu sich gekommen. Mit Brandstädten und Kampfformationen sind diese schwierigen Fragen nicht zu lösen. Das tschechische Proletariat verlangt nur die nötige Selbständigkeit und sein jahreslanges Kampft sollte ihm Vertrauen sichern. Den schweren Kassenkampf der letzten Wochen haben wir gut überstanden. Nicht Bürgerkrieg, sondern Einigkeit ist uns gerade in Österreich not. Wir hoffen, auf dem internationalen Kongress in Wien die Einigkeit des tschechischen Proletariats vorzuführen. (Beifall.)

Stein-Wien: Als eine Vertretung des österreichischen Jammers erscheine ich hier (Beifall) als Vertreter der internationalen zentralistischen tschechischen Arbeiter. (Bravo!) Wir wollen hier neue Kraft gewinnen für die Schaffung einer neuen großen tschechischen Sozialdemokratie. (Sturm. Beifall.)

Wieder Adler-Wien: (Gefühlsbetont begrüßt) Die deutsche Sozialdemokratie in Österreich begrüßt Sie in diesem Moment des schärfsten Kampfes. Unsere herrliche Kultur ist heute bedroht von

sein. Die deutsche Sozialdemokratie und unsere internationale Solidarität, sie leben hoch! hoch! hoch! (Der Parteitag hat sich erhoben, stimmt begeistert ein und bereitet dem Vertreter der Gewerkschaften Frankreichs eine herzliche Ovation. — Anhalt, Weingarten.)

Wieder London überbringt, ebenfalls in deutschen Worten, die Grüße und Wünsche, sowie den Dank der Sozialdemokratischen Föderation von England. Er gebietet Marxens und Engels, und gleich Brads, auch Paul Singers. In der Haltung zur kapitalistischen Expansion sind wir mit euch einig! Nichts steht auf dem Spiele, was des Blutes eines einzigen deutschen oder englischen Arbeiters wert wäre. (Bravo!) Wir fordern nationale Autonomie und internationale Solidarität; so stehen wir auch zu den nationalen Fragen innerhalb des englischen Kolonialreiches. Das tschechische Proletariat müßig und bekämpft die zur Erhaltung kapitalistischer Werte geschlossenen Bündnisse mit den politisch rückfälligen, ja selbst mit Despoten geschlossenen Bündnisse. Nur der Kapitalismus ist der Feind der Völker. Wir bedauern, daß wir keine Gelegenheit hatten, uns mit euch über die Haltung zur Marofffrage zu verständigen. Ich wünsche euren Beratungen den größten Erfolg für das deutsche Volk und die Internationale. (Beifall.)

Wieder Adler-Wien: Mit großem Interesse verfolgen wir Vorkänder alle innerdeutschen Vorgänge. Wir wünschen dem Parteitag großen Erfolg. (Bravo!)

Wieder Adler-Wien: Ich übermittelte in französischer Sprache die Grüße der belgischen Arbeiterpartei. (Beifall) Ich bin und auch nur ein kleines Land, so gewinnen wir doch immer mehr an Kraft. Deutschlands Arbeiterbewegung und einseitige Organisation bedauern wir und eure freigelebte Disziplin. Die belgischen Arbeiterdeputationen sind mit reichen Erläuterungen nach Hause zurückgekehrt, neue will ich von hier mitnehmen. Unsere Verhältnisse sind infolge der schlechten Schule noch schwieriger als anderswo. Glück auf eurem Wahlkampf! (Großer Beifall.)

Wieder Adler-Wien: Zum erstenmal erscheint auf dem deutschen Parteitag ein Delegierter des Balkans — ein Beweis für die Entwicklung des Sozialismus im fernsten Südosten. In Kroatien sind 10000 organisierte Arbeiter, ebenso in Bosnien, im Griedenland; in Serbien haben wir 20000 Parteigenossen, in Bulgarien 40000 Wähler, in der Türkei 50000 Gewerkschaftler. Der Druck des jungtürkischen Militärsystems zwingt uns zur Geheimarbeit. Die ersten 150000 Sozialisten auf dem Balkan sind schon da. Östlich es uns in der Türkei eine einheitliche Partei zu schaffen kann wird die Lösung der Balkanfrage dank der wirtschaftlichen Entwicklung nicht im Sinne des Pazifismus, noch in dem des europäischer Kapitalismus, sondern in dem der revolutionären Sozialdemokratie gesehen. So Kriegslust die Herzlichen, so revolutionärlustig sind die Proletariat! (Beif. Beifall.)

Wieder Adler-Wien: Ich danke allen ausländischen Rednern. Ihre Hoffnungen auf die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie sollen erfüllt werden!

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Der Geschäftsbericht des Parteivorstandes.

Wieder Adler-Wien: Wir müssen hinarbeiten auf die Million organisierte Parteigenossen. Die Jugendorganisation hat sehr erfreuliche Fortschritte gemacht, was natürlich die Gewerkschaften nach sich zieht. Die tschechischen Parteigenossen der Behörden zur Vermehrung der Jugendorganisationen müssen uns noch einbringen. Das wird nicht allein aufgeben, und die Arbeiterjugend für die Kapitalisteninteressen einzulassen. Kleinarbeit haben wir, wie überall, auch hier zu tun. Denken Sie an die ungeheure Tätigkeit des Volksvereins für das laubliche Deutschland und des Bundes der Landwirte! Unsere Agitation hat sich auch auf die Vinnenschiffahrt und die Eisenbahn erstreckt, was ja den preussischen Eisenbahnminister sehr zu einer Standrede in Milwaukee in Wien veranlaßt. (Beif. Beifall.) Wir werden aber an diese Schichten ebenfalls herantreten, wie an die tschechischen Arbeiter und Handlungsgehilfen. Der Verband der Arbeiter und heute schon 882 Zirkularen im Reich. Die Besprechungen, als könnte unsere Gewerkschaftsbewegung zum Trade-Unionismus werden, haben sich als sinnlos erwiesen. Die letzten Vorgänge in England haben ja eine ganz veränderte Richtung der englischen Gewerkschaften gezeigt. — Neben die Veröffentlichung des „Gemeinlichkeits“ an die Parteipresse durch eine bilinguale Zeitung, auch eine Zeitschrift, die ich nicht nicht. Es ist unüberwindlich, daß mitunter auch nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Zirkulare erlassen werden. Wir erziehen das Zirkular aus Anlaß der Bundesratsaffäre, weil uns die Situation nicht eine größere Debatte zwischen Parteimitgliedern und Gewerkschaften angebracht erscheinen ließ und weil ohnehin die Absicht bestand, über diese Fragen auf der nächsten Parteikonferenz, die im September bevorsteht, zu konferieren. Diese Konferenz wurde hinausgeschoben, weil ein einmal probiert werden sollte, ob die Parteipresse über die Angelegenheit der einzelnen Gewerkschaften dem Parteivorstand übertrauen werden könnte. Die Entscheidung, als ob das Zirkular den Beschlüssen früherer Parteitage über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften widerspräche, ist irrig. Nur jeden Fall war die Art der Beschlüsse, wie sie von zwei Parteimitgliedern in diesem Falle gefaßt worden ist, auf das entscheidende zu beurteilen. Gemüß sind auch von

manchen Gewerkschaftsblättern in diesem Falle Äußerungen gefallen, die ebenfalls auf der Konferenz mit der Generalkommission inaktiver vorbereitet worden sind. Eine Kopierung in Nr. 87 des Korrespondenz der Bundesrat ist jedoch ausgeschlossen worden ist. (Zehr richtig!) Das von Ihnen in der Zeitung keine Rede sein, daß der Parteitag in Wien in Wien in Wien angelegt werden sollte; je würde ja dann schlechter stehen als die Gewerkschaftspresse. (Zehr richtig!)

Nun zu den Angriffen, die gegen den Parteivorstand gerichtet worden sind wegen seiner

Tätigkeit in der Marofffrage.

Ihnen liegt die Korrespondenz des Parteivorstandes mit dem Internationalen Bureau vor. Sie können sich danach selbst ein Urteil bilden. Nicht richtig ist, daß der Parteivorstand im Gegensatz zu anderen Völkern in den ersten Monaten, als die Marofffrage wieder auflebte, gar nichts getan hätte. Es wurden damals förmliche Besprechungen mit diesem Thema ausgetauscht und entsprechende Resolutionen angenommen. Wir haben also der Frage von vornherein unsere volle Aufmerksamkeit gewidmet. Freilich haben wir nicht alle Nachrichten sofort genannt wie manche Leute. Am 9. August haben wir dem auf den Parteivorstand erlassenen — zu der Zeit, als die Organe der Bangerplattens-Kapitalisten in Wien die Kriegshetze machten, als auch die National-liberalen Stellung gegen die friedliebende Regierung nahmen und auch das Zentrum sein wahres Gesicht durch Angriffe auf die Regierung zeigte. Der Angriff hat denn auch sehr gute Erfolge gehabt. Als Verfall der dem erlassenen Jugendrats glaubten wir uns an seinen besseren als Partei zu wenden zu können, was ja wie die nachherige Debatte gezeigt hat, leider nicht der Fall war. (Beif. Beifall.) Wir sind allerdings der Meinung, daß für den besondern Zweck, dem das Flugblatt diene, es gar nicht besser sein konnte. Und die Parteipresse hat denn auch einmütig es abgelehnt, die Art und Weise zu billigen, wie die Leipziger Volkszeitung und die Besenfinn Luxemburger gegen das Flugblatt vorgegangen sind. (Zehr richtig!) Unsere ausländischen Parteigenossen haben uns beglückwünscht auf den großen Willen, die wir jetzt in der Marofffrage annehmen haben. (Zuruf: Bravo!) In keinem Lande ist wohl diese Agitation so in die Breite gegangen wie in Deutschland; wir können auf diese Nationen — ich erinnere an die

Demokratie im Freizustand Part

— nur stolz sein. Wir müssen den Vorwurf zurückweisen, daß sich der Parteivorstand in diesem Falle seiner Aufgaben nicht genügend gezeigt habe. Doch einmal auf dem Parteivorstand — was natürlich besonders montiert hat — nur einer anwesend ist, kann immer vorlommen, auch wenn der Vorstand berückt wird. Ich kann das, was Hebel gegen über die Aufgaben des Parteivorstandes gesagt hat, nur voll unterzeichnen. Der Parteivorstand muß den Vorwurf zurückweisen, daß er seine Pflicht gegenüber dem Parteivorstand nicht erfüllt hat. Von einem Besondereparteilichismus, einer Parteiparteilichkeit ist im Parteivorstand keine Rede; über wichtige Dinge entscheidet niemals ein einzelnes Parteivorstandsmitglied, sondern stets der Gesamtvorstand. Von den zwölf Besetzern, die Besondere Parteilichkeit in dem Parteivorstand gemindert hat, sind neun heute schon vorhanden, nur daß mehrere Besetzern von einem Deserenten erledigt werden. Notwendig wird allerdings sein, die Mitglieder des Parteivorstandes möglich von allen mechanischen Arbeiten zu entlasten. Die wahren Hilfskräfte zu übertragen — bis jetzt haben wir drei, eine Vermehrung ist schon vorgesehen, die natürlich nach Anstellung und unter Verantwortung des Parteivorstandes zu arbeiten haben. Weiter sind wir bereits dazu übergegangen, tschechische Guatadler für den Parteivorstand anzustellen. Hebrigens ist zu beachten, daß durch den Ausbau der Organisations in den Besetzern sich die Arbeiten des Parteivorstandes verringert haben. Infolge der langwierigen Krankheit des Besetzern Gerlich war allerdings die Arbeit des Parteivorstandes im letzten Jahre eine ziemlich erhebliche. Eine Vermehrung der Sekretäre auf einen Stamm der Vorstand oberhin zu diesem Parteitag beantragt. Wenn der Parteitag aber durchs zwei Sekretäre wählen will, wird der Parteivorstand sich schließlich nicht allzuweit dagegen wehren. Die Fühlung des Vorstandes mit den Massen ist eine bessere gewesen als früher. Wir haben so oft wie möglich die Bezirksversammlungen geführt und sie sind zu unserer Freude mit unseren Maßnahmen immer einverstanden gewesen. Sie haben sich sogar über die allzu große Fülle von Zirkularen aufgegeben, die auf allen möglichen Gebieten vom Parteivorstand ausgehen. Seit einem Jahre haben wir auch die Besetzern, die Parteivorstand über unsere Besetzern wählen zu informieren. Auch von dieser Seite ist von einzelnen Mitgliedern nur einmal — das war in der Marofffrage — ein Einwand gegen die Art unseres Vorgehens erhoben worden, sonst herrschte auch hier volle Übereinstimmung mit unserer Tätigkeit. In der Tat ist auch noch kaum je eine so rege Tätigkeit vom Parteivorstand auf den verschiedensten Gebieten — ich erinnere auch an das Bildungswesen, die Jugendbewegung, das Arbeiterbureau — entfaltet worden. Wir haben das sozialdemokratische Bureau in Wien, die Besetzern gegründet, um dem Schatzamt und dem Zentrum die Arbeiterbewegung entgegen zu können. Wir haben eine besondere Abteilung für Herausgabe von Flugblättern und Broschüren gegründet, die soviel Material verbreitet hat, daß uns schon entgegengehalten worden ist: haltet doch ein mit dem Segen, wer soll das alles lesen. Also wir haben nicht verjährt, was zur Verbreitung und Verwirklichung des Parteivorstandes beitragen konnte.

Krieg, Hungernot und Befreiung.
 als wäre noch alles wie vor vielen hundert Jahren. Mit der Abnahme der Fähigkeit der Herrschenden muß das Proletariat die Kraft gewinnen, um die Geschichte der Welt in die Hand zu nehmen. Wohllos stehen heute die Herrschenden dem Hunger, dem Krieg gegenüber. Die beste Kraft des deutschen Volkes ist hier vereint, sie wird das Beste vorzubereiten, das Notwendige tun! (Beif. Beifall.) Sie aus den verschiedenen Parteifunktionen keine zu weit gehenden Lehren. Nur die Grenze, sonst gar nicht, trennt uns heute Sozialdemokraten in Österreich von Euch. Hier ist nicht der Ort, unsere schwersten Probleme zu entscheiden, oder zu beurteilen. Wenn es sich aber in den Parteikämpfen in Österreich nur um das Recht der tschechischen Arbeiter auf tschechische Schule und tschechisches Amt handelte, dann wären diese Kämpfe nicht so weit gediehen! (Sturm. Zustimmung.) Wir fühlen die volle Verantwortung für das Geschick des Proletariats aller Nationen in Österreich. (Wieder Adler-Wien.) — Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe bei unserem Wahlkampf und hoffen, daß Sie sie uns wieder leisten. (Beif. Beifall.) Man kann nicht vorsichtig genug sein. (Beif. Beifall.) Der Redner schließt kurz die Nichtanwesenheit in den Anbuhlergebieten, über die Welt ist dort sogar die tschechische Gemütslichkeit endlich zum Teufel gegangen ist. (Beif. Beifall.) Möge stets die enge Solidarität und Freundschaft leben zwischen uns und der von uns so sehr geliebten deutschen Sozialdemokratie! (Sturm. Beifall.)

Namens des Auslandskomitees der russischen Sozialdemokratie spricht

Wieder Adler-Wien: Unsere Partei hat unter der Gegenwart die große Schwierigkeit gemacht. Das russische Proletariat ist einmütig zum Bewußtsein seiner großen historischen Aufgabe. Welche Kreise sind sozialdemokratisch exponiert. Die Epoche, wo allein die Intelligenz kämpfte, ist im Absterben. Genosse Axelrod entrollt ein Bild der langjährigen theoretischen und faktischen Stetigkeit in der russischen sozialistischen Bewegung. Die russische Sozialdemokratie wandelt sich immer mehr um in eine reine Arbeiterpartei, als die sie auf der Bühne der Weltgeschichte aufzuführen wird. (Bravo!)

Wieder Adler-Wien: In Vertretung der französischen sozialistischen Partei, fühle ich mich dem deutschen Proletariat, wie es den in Jena selbsten Sie dem deutschen Proletariat, wie es den Genossen ist als Basis gebrauchen könne. Heute kämpft das Proletariat überall gegen den Imperialismus. Gegenüber dem Maroffkonflikt weiß sich das französische Proletariat eins mit dem deutschen und internationalen. Sind die kapitalistischen Herrschungen gepregelt, dann wird der Friede geistert

1. Beilage zum Volksblatt.

Der Parteitag in Jena.

Erster Verhandlungstag.

C. B. Jena, 11. September 1911.

Rachmittagssitzung.

Die Sitzung beginnt um 3 Uhr mit der Debatte über die Vorstandsberichte. Mit zur Diskussion werden gestellt die Anträge zur Agitation und Organisation, soweit sie die Interaktion des Parteiorgans betreffen; daneben auch die Anträge auf Erweiterung des Parteivorstandes.

Volz Luxemburg: Der Parteivorstand hat gegen mich in ungewöhnlicher Weise in einer kleinen Schrift, die Jenen vorliegt, die ähnlichen Vorwürfe erheben, die ich heute darauf auf eine ungewöhnliche Weise veröffentlichte, das Parteivorstandes (Anrede). Dabei hat der Parteivorstand es nicht einmal für nötig befunden, den Artikel der Leipziger Volkszeitung zu lesen; sonst hätte er eine Reihe seiner Vorwürfe gar nicht erheben können. So soll ich der Partei unterliegen haben, daß **Mollenhuth** in seinem Briefe hat verlangt, daß der Brief seine private Meinung enthalte. Dabei schreibe ich ausdrücklich: Die Antwort wurde zwar nur von einem Mitglied des Parteivorstandes als seine private Meinung mitgeteilt. (Hört, hört!) Zuruf: Weiterlesen! Doch haben sich offenbar die übrigen Mitglieder derselben angesprochen, denn eine weitere Rundlegung von dieser Seite erfolgte nicht. (Ruf: Ja also!) Weiter soll ich unterliegen haben, daß **Behel** sich auf ein Verstecken zu dem Vorsitz, eine Sitzung des Internationalen Bureaus in der Marzoffstraße abzuhalten, geäußert habe. Ich habe aus dem Briefe **Behel** allerdings das Gegenteil entnommen, aber als frommes Parteimitglied sage ich, da der Parteivorstand gekloppt hat: credo quia absurdum est — ich glaube es, weil es absurd ist. (Anrede). Von einer Induktion merke ich bei der Veröffentlichung des Briefes **Mollenhuths** kann keine Rede sein, denn **Mollenhuth** hat genau das selbe wie in dem Briefe, in Berlin vor versammelten Vorgesetzten. (Hört, hört!) Überhaupt schließt die ganze Angelegenheit über Natur nach den Begriff der Induktion aus. Der Parteivorstand handelt in unserem Namen als unser Beauftragter und es steht ihm deshalb nicht zu, wenn wir ihm vorwerfen, er habe nicht richtig gehandelt, zu erwidern: Das ist unsere direkte Sache, mißt Euch nicht ein. (Sehr gut!) Es ist ja auch nicht das erstmal, daß eine solche Kritik an Parteivorstand geübt wird. In Mainz wurde genau derselbe Vorwurf gegen den Vorstand erhoben, nämlich das Behaupten, im übrigen war es ja auch gar nicht so unangenehm, anzunehmen, daß der Vorstand in unangenehmer Rücksicht auf die Reichstagswahlen eine zeitweilige Aktion in der Marzoffstraße unterlassen hätte. Wären wir nicht feige und zag die Rücksicht auf die Reichstagswahlen als Grund für alles, was getan und unterlassen wird. Ich muß mich wundern, daß der Parteivorstand, der solche Unterlassungsünden auf seinem Konto hat, hier versucht, als Ankläger aufzutreten. (Die Rede ist abgelesen.) Ich denke, Sie gehen mir noch einige Minuten, nachdem ich so schon angegriffen worden bin. (Widerspruch.) Die Ausführungen des Genossen **Müller** haben ein Bild vortrefflicher Hilfslosigkeit. Ich verweise Euch (zum Parteivorstand gewandt) und gebe Euch den väterlichen Rat (Große Heiterkeit), die **Mehner** verläßt die Tribüne.)

Dr. Lehmann-Beipzig: Der Leipziger Volkszeitung ist zum Vorwurf gemacht worden, daß sie „mitten in der Aktion“ das Marzoffflugblatt sehr kritisiert habe. Dieser Vorwurf ist ja sehr populär. In der Tat aber ist von einer Schädigung der Aktion keine Rede gewesen, wie die Demonstration in Berlin zum Beispiel beweist hat, und im übrigen sind wir Sozialdemokraten als Kampfbewegung immer in der Aktion und dürfen sich niemals Kritik am Parteivorstand überlassen. Dann setzen Sie sich lieber politische Schlimmeren in die Reaktionen der Parteimitglieder. — Eine ebenso wenig glückliche Hand wie das erste Marzoffflugblatt das Parteivorstandes zeigt das zweite hier verteilte. Es spricht aus diesem Flugblatt die politische Bewegung aus jeder Zeile. Wegen die Genossen **Luxemburg** werden so unerhörte Vorwürfe erhoben, als ob wegen solcher Handlungen gegen sie vorgegangen werden soll. (Anrede). Wenn der Brief **Mollenhuths** seinem Inhalt nach zutrifft, also nur seine private Meinung enthält, so ist die deutsche Partei **Mollenhuth** zu erklären, aus welchem Grund denn sonst der Parteivorstand die Marzoffaktion unterlassen hat. Die Leipziger Volkszeitung hat sich daher durch die Veröffentlichung dieser Dinge ein Verdienst erworben. (Aachen). Übrigens schreibt man als Mitglied des Parteivorstandes keine Privatbriefe. (Heiterkeit). — Es ist diesmal die Kritik gewissermaßen über den Parteivorstand herabgekommen. Wir haben mit den Anträgen eben solange zurückgehalten, bis sich haben angeammelt hatte, daß man jede Mühsal fahren lassen mußte. (Bravo!)

Dittmann-Solingen: Die Vergessliche Arbeiterstimme in Solingen gehört zu den Parteimitgliedern, die in dem berührt gewordenen Geheimnis des **Volz** und **Schulze** hat sich der Parteivorstand direkt von der Generalkonferenz schließen lassen. In der Forderung der Gavourbeiterkonferenz des Bundesverbandes lag nichts anderes als das Verlangen, daß die Parteipresse sich überhaupt der Kritik an den Handlungen der leitenden Kreise der Gewerkschaften zu enthalten habe. Dagegen mußte unbedingt Stellung genommen werden. Die Solidarität zwischen Arbeiterstimme und dem Parteivorstand ist nicht zu trennen, weil es nicht einigeln, das Faktum besteht zu haben, was es sich bemüht, dem Parteivorstand zu verfallen. Es ist ausdrücklich der Ruf des Parteivorstandes, daß die Vertrauensleute der Arbeiter zu maßregeln, welche unsere Kritik herausgefordert hat. Allein von diesem Standpunkt aus hat auch die Vergessliche Arbeiterstimme Kritik geübt. Die christliche Haltung gegenüber dem Sommerkongress in Wien und das Verlangen, sich zu duden gegenüber den eigenen Parteimitgliedern, war es, was unsere Empörung hervorgerufen hat. Worauf es uns ankommt ist, daß nicht durch die Seite der Gewerkschaftsbewegung ein Druck in der Richtung ausgeübt werden darf, daß der Parteipresse die notwendige Kritik auch an der Gewerkschaftsbewegung unterbunden wird. (Bravo!)

Volz Hoffmann an **Elberfeld:** Die Reaktion der Freien Presse in Elberfeld gehört zu den Schändlichen. Wir haben sonst immer in der leuchtendsten Form die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung und auch der Bundesbrüder vorangetragen, aber es handelte sich hier, wie der Vorredner dargelegt hat, um einen Ausnahmefall. Der Parteivorstand mußte von der Generalkonferenz verlangen, daß auch an die Gewerkschaftsblätter dieselbe Aufforderung wie an die Parteipresse gerichtet wurde.

Lechbour: Der Kern der berechtigten Beschwerden der Parteipresse gegen den Parteivorstand ist, daß er der Mühe zugestimmt hat, in der nicht bloß der höchste Ton der Parteipresse gerügt wurde, sondern überhaupt die Kritik der Parteipresse an der Gewerkschaftsbewegung unterbunden werden sollte. (Sehr richtig!) Was im übrigen die Anträge gegen den Parteivorstand anlangt, so hat sich hier niemand zu verteidigen als der Parteivorstand. Man hat die Heberleitung der Genossen **Luxemburg** bei ihrer Kritik des Marzoffflugblatts benutzt, um den Kern der Sache zu verwechseln. Tatsache ist, daß das Hauptbedenken daran, das es überhaupt zu einer Aktion der Partei in der Marzoffstraße gekommen ist, der **Stenographen** **Mollenhuth** **Behel** und **Kamrad**. Die Haltung des deutschen Parteivorstandes in dieser Frage hat im Ausland das Ansehen der Partei sehr geschädigt. (Anrede). Ein großes Problem ist hier zu lösen, das ist die Frage, wie soll dem

Ausbruch eines Krieges

wirksam begegnet werden? (Sehr richtig!) Mit Handaufheben in Demonstrationen, Versammlungen, mit Sympathieunterstützung ist da nichts getan. Ich will auf die Verantwortung der Frage, was wirksam gesehen wird, nicht eingehen. (Aha!) Wir können weder sagen, wir machen einen Generalstreik noch wir machen einen Generalstreik, aber wir müssen allen Umständen mit den Gewerkschaften im Ausland verständlich, was geschehen kann, denn eine solche Aktion kann nur ausgeführt werden von dem Proletariat aller Länder gemeinsam. Das muß in vertraulichen Besprechungen vorbereitet werden. Diese Aufgabe hat der Parteivorstand leider nicht erkannt, oder nicht zu erfüllen versucht. Er hat verlagert in dieser großen Situation. Daher ist es unsere Pflicht, den Parteivorstand vorwärts zu treiben, damit er die wichtigsten Aufgaben des kämpfenden revolutionären Proletariats erfüllt. (Sehr richtig.) **Dittmann** **Beipzig** begründet einen Antrag **Berlin**, den Parteivorstand um einige Sekretäre zu verfordern. Diese Verankerung würde dazu beitragen, daß der Parteivorstand mehr als bisher in die Lage käme, Differenzen innerhalb der Partei im Keime zu beseitigen. Wir haben Ingenieure nötig, die uns neue Waffen schmieden und Generale, die uns näher in den Kampf hineinziehen.

Behel: Die Genossen **Luxemburg** sprach von einem ungewöhnlichen Vorgehen des Parteivorstandes hier gegenüber. Das war nur die Folge eines allerdings sehr ungewöhnlichen Verhaltens. (Sehr richtig!) Sie hat sich erlaubt, bruchwürdige Dinge zu veröffentlichen in einer Weise, die alle Beteiligten als Indiskretion ansehen mußten und die außerdem mit der Wahrheit in Widerspruch steht. (Hört, hört!) In einer privaten Konferenz, die ich am 30. Juli mit dem Sekretär des Internationalen Bureaus hatte, hat er mir gesagt, daß hinsichtlich der Genossen **Luxemburg** als Mitglied des Internationalen Bureaus überhaupt keine Mitteilungen mehr gemacht werden sollten, weil dies nicht die erste Indiskretion ist. (Sehr richtig.) **Luxemburg** hat aus dem Briefe der Genossen **Mollenhuth** den ersten Satz herausgelassen, was es heißt „in einer Vorstandsitzung habe ich Ihren werten Brief nicht nicht vorlesen können“. Sie legt allerdings zunächst, daß **Mollenhuth** in dem Briefe nur seine private Meinung wiedergibt, der ganze weitere Artikel erweist aber den Anschein, als ob der Parteivorstand die freie Meinung **Mollenhuths** durchaus billige. Es ist darin mehrfach von der Stellungnahme des Parteivorstandes die Rede. Das ist eine offensichtliche Verzerrung, die dazu führte, daß die Parteipresse, die die Vorgänge nicht genau kannte, in dieser Beziehung gegenüber dem Parteivorstand hieß. Die weitere Behauptung, daß der Parteivorstand die Konferenz gütlich abgelehnt habe, konnte Genossen **Luxemburg** auch nur aufstellen, weil sie wieder den Schlüssel des Briefes unterliegen hat, der lautet: „Ich glaube daher, daß wir vorläufig mit dieser Besprechung warten können.“ (Hört, hört!) Ebenso mißhandelt hat **Genossen** **Luxemburg** meine Ausführungen, nachdem sie den Parteivorstand vorliegen. Und ich habe nicht die Konferenz abgelehnt, sondern habe nur geschrieben, daß mir „aus dem Inhalt“ eine Konferenz des Internationalen Bureaus nicht empfehlenswert erscheint. Also auch hier wieder implizite die Zustimmung, woraus sie eine glatte Falschmeldung macht. Das ist ein unerhörtes Verfahren. (Sehr wahr!) In der Tat ist der deutsche Parteivorstand viel weiter gegangen, als die Parteien aller anderen Länder. Gerade ich habe den Standpunkt vertreten, daß die ganze Internationale in diesem Falle zusammenkommen müßte. Wenn es eine Aktion gibt, die gegenüber dem Internationalen Proletariat alle verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan hat, so war das die deutsche Partei. Die Angriffe, die **Behel** in dieser Beziehung in dem Briefe der Heberleitung gegen den Parteivorstand erhoben, waren also eine schamlose Gerabewerbung der eigenen Partei. Nur über einen Satz in der Rede **Lechbour** habe ich mich geäußert, als er meinte, wir müßten vertrauliche Besprechungen abhalten. Ja, vertrauliche Besprechungen, die die Genossen **Luxemburg** dann in die Öffentlichkeit bringt. (Sehr gut!) Solche vertrauliche Besprechungen sind überall notwendig. Ich erinnere nur an die Gewerkschaftsbewegung. Wo sollen wir hinkommen, wenn alle solche vertraulichen Besprechungen veröffentlicht werden, weil es irgendeinem Durschn? (Sehr gut!) geht, daran Kritik zu üben. Vergegenwärtigt euch das, denn nicht ich, sondern ich von der Genossen **Luxemburg** zu halten hat. Erst im vorigen Jahre hat sie sich herausgenommen, einen Privatbrief des Genossen **Konrad** zu veröffentlichen. (Hört, hört!) Von dem Augenblick an habe ich mir vorgenommen, ihr niemals mehr etwas zu schreiben, wovon sie möglicherweise Gebrauch machen könnte. — (Sehr gut!) — Man verlangt vom Parteivorstand mehr Intimität. Das ist als meine Ansicht. (Aachen) Sie ist nicht mit dem Parteivorstand zufrieden. Ich habe meinen Kollegen manchmal gesagt: Ich bin nur froh, daß ich eine Kollege bin (große Heiterkeit), sonst müßte ich heute ganz anders gefühlt werden. Sie haben nicht die Seite des Parteivorstandes ganz gern, vorausgesetzt, daß die Entscheidung

nach der richtigen Seite geht, sonst tun wir nicht mit. Also können wir weiter, über den Erfolg bin ich außer Zweifel. (Sehr, Beifall.)

Grumbach-Kolmar: Ich bin heute mit der Kritik **Behel** gegenüber der Genossen **Luxemburg** ganz überein, wenn ich auch das Vorgehen des Parteivorstandes in der Marzoffstraße nicht für richtig halte. Ein großer Fehler war, daß der Parteivorstand sich in Paris auf einer Friedensdemonstration, die die Sozialisten, welche die dortige Partei auf ihre Hilfe bedürftig, veranstaltete, vertreten ließen; eine offizielle Kundgebung der französischen Sozialdemokratie aber nur ein Zugeständnis war. Es ist das die Folge der Intimität der Beziehungen in Frankreich, die sich aber der deutsche Parteivorstand nicht erlauben darf.

Kara Zellins-Zultraat: **Behel** Ausführungen lauten darauf hinaus: wir Parteimitglieder haben das Recht der Kritik an Handlungen des Parteivorstandes, wer aber dies Recht gebraucht, läuft leicht Gefahr, abgelehnt zu werden. (Sehr richtig!) **Behel** **Beipzig**! Das die Genossen **Luxemburg** die Partei irregeführt habe, kann ich nicht zugeben. Wenn sie aus dem privaten Briefe **Mollenhuths** Schluß auf die Haltung des Parteivorstandes zog, so hätte sie sich dabei auf einen bestimmten Zeitabschnitt, z. B. auf die Intimität des Parteivorstandes während eines ganzen Monats, beziehen sollen. **Behel** **Beipzig**! Ich sehe mich von einer Konferenz ab. Das ist eben der springende Punkt, es handelte sich gerade darum, zunächst, sofort zu handeln. (Sehr richtig!) Daß der Parteivorstand es von Anfang an der nötigen Enkeltreuehaftigkeit hat fehlen lassen, beweist die Tatsache, daß er erst von der Kommissionsmission darauf aufmerksam gemacht werden mußte, daß er viel verurteilt habe. Er hätte die Pflicht gehabt, damals in der schnellsten Weise die Mission zu unterbreiten und die Mission aufzugeben. Das hat er erst nachträglich getan. Wir müssen daher auf diesen Parteitag dafür sorgen, daß der Parteivorstand so organisiert wird, daß er jeden Augenblick an der Spitze der Organisation steht. (Sehr, Beifall.)

Robert Schmidt-Berlin: Es ist die Teilnahme von deutschen Gewerkschaftsvertretern an einer Friedensdemonstration der Konföderation der Traonal kritisiert worden. Ich finde, daß die französische Partei ausdrücklich erklärt hat, sie hätte nichts dagegen, daß wir auch, ohne daß sie eingeladen werde, an dieser Kundgebung teilnehmen und daß im übrigen auf unseren Wunsch von der Konföderation in diesem Falle die französische Partei eingeladen worden ist und auch vertreten war. (Hört, hört!)

Süßheim-Rürnberg begründet einen Antrag, wonach der Parteivorstand in Anbetracht des Aufstrebens einer Antikriegsaktion soll, die eine bessere, billigere und schnelleren Bekämpfung von Agitationen und Aufklärungsfragen und Besprechungen ermöglicht, und bestmögliche weitere die Anträge auf Erweiterung des Parteivorstandes.

Dr. Quast-Frankfurt a. M.: Wir wenden uns nicht gegen die Kritik am Parteivorstand, sondern gegen die persönliche Methode der Kritik durch Ausschlagung vertraulicher Briefe. (Sehr richtig!) Gewiß schließt auch Sommer einmal und der Parteivorstand mag in der Marzoffkaffee nicht so rasch genug gehandelt haben. Im übrigen ist genau das, was **Mollenhuth** in seinem Briefe vorausgesetzt hat, eingetreffen: Die Kreisblätter nehmen heute von Kritik, in denen die Marzoffkaffee aus Interaktion, aber die übrigen Kreislagen der inneren Politik benutzt wird. (Sehr wahr!) Vor allem vermisse ich von den Kritikern praktische Vorschläge zur Erhöhung der Aktivität des Parteivorstandes. Wir brauchen nicht eines Beamtenministeriums wieder eine Vereinigung der hervorragendsten politischen Talente aus der ganzen Partei im Parteivorstand, wie es in der klaffenden Zeit war, als **Behel**, **Niechardt** und **Singer** den Parteivorstand bildeten. Ich würde es begrüßen, wenn **Behel** mit **Mollenhuth**, der heute die **Volz** und **Schulze** seines 60. Lebensjahres feiert (Schönes Wort!) und seinen Platz zur Verbindung dieser Schmerzleiden geben würden. Die Genossen, die sich in der Partei am besten bewährt haben, ohne Rücksicht auf die Unterlegenheit der rationalen und wissenschaftlichen Richtung, gehören an die Spitze der Partei. (Bravo!)

Legien: Die Handlungsweise der Genossen **Luxemburg**, einen Brief zu veröffentlichen, von dem sie nur als Mitglied des Internationalen Bureaus Kenntnis hat, müssen wir aufschärfen beurteilen. Ein solches Vorgehen muß die Aktionsfähigkeit der Partei lähmen. (Sehr wahr!) — Gegenüber **Luxemburg** ist es entschieden, daß der Parteivorstand in der Abhängigkeit von der Generalkonferenz befinden soll. Beide Körperlichkeiten arbeiten durchaus total zu einem. Was das Geheimnis anlangt, so hat es uns völlig fern gelegen, die Parteipresse irgendeine zu zensurieren. In der Sache der Bundesbrüder Stellung zu nehmen, hat selbst der Generalkonferenz abgelehnt. Es handelt sich hier eben um eine Angelegenheit, die für die Aktionen des Bundesbrüderverbandes von entscheidender Bedeutung ist. Hinter der Gavourbeiterkonferenz stehen die Mitglieder des Bundesbrüderverbandes. Nur die Kritik, die Mitglieder speziell an der Sache interessiert waren, haben gegen den Beschluß der Konferenz Stellung genommen. Wenn man diese Situation nicht kennt, läßt sich die Finger davon lassen und wenn man doch darüber schreiben, so muß man sich gefaßt lassen, daß von der anderen Seite ebenfalls erwidert wird. (Dittmann): Gegen den Verband hat niemand etwas gesagt! Aber die Gavourbeiterkonferenz hat die erste Sitzung des Verbandes, die zu sprechen hatte, oder ist die Gavourbeiterkonferenz für die keine Initiative des Verbandes? (Dittmann): Aber nicht der Verband! Die Angriffe gegen den Parteivorstand dieses Jahres wegen waren also ganz unangebracht. (Bravo!)

Walter-Rürnberg: Die Schaffung einer ganzen Anzahl neuer Sekretäre, die vom Parteivorstand selbst gar nicht für notwendig gehalten werden, hätte ich für falsch. Wegen die Verträge, das mitten in der Aktion Kritik an Maßnahmen des Parteivorstandes geübt wird, muß ich als Kritiker in Fragestellungen Protest erheben.

Wels-Berlin: Von Berlin IV liegt ein Antrag vor, eine planmäßige Landbesichtigung

begegnet einmütig, die die Parteimitglieder angefallen werden. Die Absicht hier an dem Bande lebenden Verwandten der Arbeiter oder die Arbeiter oder die Arbeiter mitzuteilen, ich empfehle Ihnen, diesen Antrag dem Parteivorstand zur Prüfung und Beratung gemeinsam mit dem Bezirkssekretären des Reiches zu überreichen. — Mit einem Birkular ist der Parteivorstand

nur befristet gewesen, den Strafen in der Partei, der von be-
stimmter Seite immer wieder angefangen wird, zu verhindern.
Das sollte der Parteitag anerkennen. (Sehr richtig.) In der
Marzoffrage hat der Parteivorstand die Situation wie folgt
nachher gesagt, hat ganz richtig berichtet. Der ungenügende
Tätigkeitssinn des Genossen Ledebur in der Marzoffrage
erscheint in eigenem Licht, wenn wir sein Verhalten in
Berlin dem gegenüber halten. Als wir ihn aufforderten, zu
Marx über die Marzofffrage aus der Verbandsgeneralver-
sammlung von Groß-Berlin zu halten, erklärte er, er könne das
Marxat nur übernehmen, wenn er dabei an den Maßnahmen
des Parteivorstandes Kritik üben könne. (Sehr, sehr!) Hier
erhebt Ledebur die Forderung, dass er nicht nur mitreden
müsse, aber in Berlin will er über Marxoff nur sprechen,
wenn er den Parteivorstand herumbringen kann. (Sehr gut!)
Die ganze Art der Kritik gewisser Kreise in der Partei zeigt
sich wieder in dem Verhängnisartikel der Leipziger Volks-
zeitung, wo nämlich erwidernslos zum alten Eisen ge-
worfen wird. Aber nicht derselben Meinung ist wie Genosse Lenz, der
verrät sich durch selbst den Weg zum Verständnis der
Situation. Der Zustand, in dem Verstand diesen Artikel ge-
schrieben hat, berechtigt ja zu den schönsten Hoffnungen. (Sehr
recht und lebhafter Beifall.)

Wollen wir (von förmlichem Beifall begrüßt): Ich
denke Ihnen für die freundliche Begrüßung, die ebenfalls durch
zusammenhang, daß ich heute 60 Lebensjahre hinter
mir habe, wobei ich allerdings zwei Drittel im Dienste der
Partei verlebte. (Wahr!) — Daß an dem Wahlgang des
Parteivorstandes Kritik geübt werden würde, war für mich, der
Genossin Zuremburg freilich nie es der Parteivorstand nicht
recht machen können, was er auch tat. Was meinen Sie an-
berührt, so ist es überhaupt nicht richtig, an einem Brief zu
schreiben, wie man zu einer Sache überhaupt steht. Ich
wäre mir recht, daß man mit dem Empfänger übereinstimmt,
übergeht man in einem Briefe. (Sehr wahr!) Aber auch sonst
müßte der Brief von der Genossin Zuremburg erst „ausgearbeitet“
werden. Nicht nur, daß sie zwei Sätze weggelassen hat, es
müßte auch das Datum befreit werden. Der Brief wurde ge-
schrieben am 8. Juli. Vor dem 8. Juli haben auch Zuremburg
und Ledebur noch keine Artikel in der Marzofffrage geschrieben.
Damals lag die Situation ganz anders, als 14 Tage später
(Sehr richtig!) Die Änderung trat erst am 21. Juni mit der
Beschlusse von Hugo Geuge ein. Da war es für die Genossin
Zuremburg ein wunderbares Aretin, daß sie meinen Brief erst
drei Tage nach dem 21. veröffentlichte. (Wahr, sehr!) Geuge
hat sie das Datum nur „vergeffen“, aber nur dadurch befehl
der Brief das eigenartige Gesicht, das die Aufregung in der
Partei hervorbringt. — Es ist in uns dann vorzuführen, daß wir an
einer Demonstration in Paris, die von der französischen Partei
veranstaltet war, nicht teilgenommen haben.

Von der Einladung bis zur Befriedigung der französischen
Demonstration lagen nur vier Tage. Die Einladung war
Sonnabend abends, der Sonntag lag dazwischen. Es
gingen zwei Tage verloren. Die Zeit war sehr knapp, zudem
war die Situation nicht so sehr bedrohlich. Als sie später
erster wurde, wurde die Gelegenheit zur Sitzung mit den
französischen Genossen in Paris, die die deutsche Partei sofort
zugriffen. Zum Schluß will ich mich noch einmal gegen die
Berücksichtigung von Briefen wenden, die nicht zu einer
öffentlichen Diskussion befruchtet werden. Das darf in der
Partei nicht fluss werden, das dient nur dem Strafen, nicht der
inneren Befriedigung der Partei. (Lebhafter Beifall.)

Stadt b e r l i n : In der Marzofffrage hätte der Par-
teivorstand früher aufstehen müssen. Die Vernehmung der
Vorstandsmitglieder ist notwendig, nicht aber durch die Strafen,
sondern durch ganz vertrauenswürdig bewährte Parteigenossen,
die im Hauptamt tätig sind. Der neue Vorstand
kann nicht mehr im Geheimen tätig sein, sondern muß als be-
kannter Beamter die Fäden der Gesamtpartei in Händen halten.
Der Vorstand sollte auch mehr mit bisher mit den Be-
zirkssekretären in Fühlung treten. Im vorigen Jahre wählte
sich der Vorstand mit Händen und Füßen gegen eine Verneh-
mung der Vorstandsmitglieder. (Widerproh.) Jawohl, mit
Händen und Füßen. Heute willigt der Vorstand erfreulicher-
weise in die Vernehmung. Es wäre gut, wenn die Frage der
Wahl eines befähigten ständig tätigen Vor-
sitzenden eine glückliche Lösung fände. Unser Parteivorstand
muß in jeder Beziehung aktionsfähig werden.

D i s k u s s i o n : Die Partei zeigt eine erfreuliche Ent-
wicklung. In der Marzofffrage hätte von der Zentrale
früher eingegriffen werden müssen, denn eine große Aktion
muß einleitend erfolgen. Wir müssen verlangen, daß die
Zentrale rechtzeitig zu solchen Aktionen auftritt. Der Kriegs-
russland ist nicht bloß für den Alldeutschen losgegangen, son-
dern bis weit in die liberalen Kreise gegangen. Das entsetzt
doch die Frage: Was tun wir? Und da mußten wir zur
Gegenaktion vorgehen. (Sehr richtig!) In den letzten Jah-
ren hat keine Frage die Massen mehr aufgepeitscht, als die
Marzofffrage. Dagegen tritt selbst die Reichsfinanz-
reform zurück. Das Geheimnis hat heute auch einen Teil der
Gesellschaftspresse geteilt. Hätte man das im Geheim-
nissular getan, hätte man dort die heute geübte Varietät aus-
geübt, wäre also Aufregung vermieden worden. Der Buch-
druck-Bozener Proben hat geradezu schamlos ge-
schrieben. Die Geheimnisfrage darf der Partei in bevor-
stehenden Maßstab auch keine Schwierigkeiten bereiten.
Partei und Gesellschaften müssen aufeinander Rücksicht neh-
men, die Verhältnisse bedingen ein geschlossenes und gemein-
sames Vorgehen beider Bewegungen und Organisationen.

Vorländer Dies schlägt vor, die Debatte jetzt abzu-
brechen und zu vertagen. Er erledigt einige gesellschaftliche
Angelegenheiten.

Die Beschlußfassung über folgenden Antrag Bremen:
Der Sozialdemokratische Verein Bremen beabsichtigt, daß der
Parteivorstand es nicht für nötig gehalten hat, in eine allge-
meine Aktion gegen den Marzoffartikel einzutreten. Die
Verammlung erlaubt den Verteilung, dafür Sorge zu tragen,
daß der Parteivorstand solche wichtige, die gesell-
schaftliche Welt in Aufregung legenden Fragen nicht so gleich-
gültig behandelt! — ist eine n o m e n t l i c h e !

Vorländer Dies teilt mit, daß Kollektur heute
seinen 60. Geburtstag feiert und gratuliert ihm
namens des Parteitag. (Leb. Beifall.)

Kollektur dankt für die Glückwünsche. Er werde
weiter, so weit seine Kräfte reichen, im Dienste der Partei
tätig sein. (Wiederholter leb. Beifall.)
Die weiteren Verhandlungen werden am Dienstag vor-
mittag 9 Uhr vertagt.

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,

Holz 42/43, Hof, 2 Treppen.

Geschlossen nur Montags von 11^{1/2}—1^{1/2} Uhr und abends von
5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags
geschlossen. — Telephon Nr. 1641.

Gewerkschaftliches.

Zur Metallarbeiter-Auspeisung in Thüringen.

Von der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes
aus geschrieben: Die Auspeisung der Metallarbeiter in
Thüringen begann mit der Entlassung der Arbeiter in
Eisenach und Jena am 20. Juli und war am
20. August mit der Entlassung der Arbeiter in Saalfeld
(Saalfeld), Jena, Erfurt, Gera, Weimar, Gotha, Scherhaufen, Ober-
dorf und Jena, ausgepeist worden, wozu den Deutschen
Metallarbeiter-Verband rund 5000 und anderen Organisationen
1000 Mitglieder angehören.

In den fünf Wochen, die der Metallindustriellen-Verband zur
Ausführung der Auspeisung in Thüringen gebraucht hat, be-
suchte der Metallindustriellen-Verband in der Zeit vom 18. bis
28. August die beteiligten Arbeiterorganisationen zu bewegen,
die vor Beginn der Auspeisung gemachten Einigung zu
vorläufige anzunehmen. Bei den Besuchen stellte der Ver-
band Thüringer Metallindustrieller die Gesamtanspeisung
durch den Gesamtverband der deutschen Metallindustriellen in
Anspruch, die von den Bezirksverbänden in Sachsen und
Thüringen beantragt worden war. Zu dem Zwecke fand in
Berlin am 20. und 30. August eine Generalversammlung und
Ausführung des Gesamtverbandes statt.

Trotz dieser Drohung mußte unser Bezirksleiter auf eine
geregelte Verhandlung unter Teilnahme der in Frage kommen-
den Organisationen und Vertretungen der beteiligten Arbeiter
betonen. Wiewohl in der Sache die Vertreter des Metall-
industriellen-Verbandes darauf bestanden, daß die Verhandlungen
Vorberhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Organi-
sationen stattfinden könnten. Mit den Ergebnissen der aus-
geübten Verhandlungen (wir können sie in ihrer Ausführ-
lichkeit Nummern wegen nicht bringen) hatte sich der
Gesamtverband der Metallindustriellen zu be-
schäftigen. Die in Berlin gefassten Beschlüsse zur Unterbrechung
der Metallindustriellen in Sachsen und Thüringen sind bekannt
und brachten keine Gesamtanspeisung, wie sie vom Verband
Thüringer Metallindustrieller ausgedeutet worden war. Die be-
stehenden Verhältnisse für die Verhandlungen in Thüringen
Thüringer Metallindustriellen dadurch vermehrt, daß sehr viele
Arbeitgeber schon längere Zeit eine Beschäftigung der Auspeisung ver-
langten. Die Gefahr, daß die einzelnen Arbeitgeber selbst die
Verhandlung mit den Arbeitern zur Festlegung der Bedin-
gungen für die Wiederaufnahme der Arbeit aufnehmen würden,
trat immer mehr für die Arbeitgeberorganisation hervor. Der
Vorstand begann den Antrag zu organisieren. Er gab die
generale Verhandlungen preis und verfuhr, seinen Einfluß
in den einzelnen Orten und Betrieben zu sichern. Dazu wurde
ein letter Versuch gemacht, den Bezirksleiter der die Schuld
in der Abbruch der gesamten Verhandlungen zu übertragen.
Nach einer Aussprache wurde davon Abstand genommen werden.
Nach dieser Aussprache wurde privat über die bestehenden Diffe-
renzen gesprochen. Die Herren von Metallindustriellen-Ver-
band erklärten, verhandlungsmüde, aber bereit zu sein, eine
Verständigung ermöglichen zu wollen.

Es wurde ihnen von unserer Seite vorgeschlagen:

„Eine zentrale Verhandlungskommission zur Festlegung der
Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit anzu-
erkennen.“

Das lehnten die Arbeitgeber ab und schlugen vor:

„Ertliche Verhandlungskommissionen zu bilden, wozu die
Arbeitgeber ebensoviel Arbeiter hinzuziehen, wie die Arbeit-
geber selbst bestimmen werden, und dieser Kommission die Ermäch-
tigung für endgültige Beschlüsse zu erteilen.“

Den Vorschlag lehnte die Vertreter des Metallarbeiter-Ver-
bandes nicht annehmen. Sie erklärten, obwohl die Metall-
industriellen schon am selben Tage, am 5. September, bis abends
6 Uhr eine schriftliche Antwort haben wollten, die Antwort zum
6. September in folgendem Wortlaut:

Halle a. S., den 5. September 1911.
Den Vorstand des Verbandes Thüringer Metallindustrieller
in Erfurt.

Verabredungsgemäß geben wir Ihnen hierdurch Nachricht
über unsere Stellung zu dem von den Vertretern der Thüring-
ischen Metallindustriellen zur Beilegung der bestehenden Diffe-
renzen gemachten Vorschlag, der dem Sinne nach folgender-
maßen lautet:

Die Verhandlungen zur Erzielung einer Verständigung über
die Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben der Mitglieder
des Verbandes Thüringer Metallindustrieller werden in den
Ortsgruppen für die einzelnen Betriebe unter der Voraus-
setzung vorgenommen, daß die Aufnahme der Arbeit in den Be-
trieben der einzelnen Ortsgruppe erfolgt, wenn für alle Be-
triebe die bestehenden Differenzen beseitigt worden sind.

In den Verhandlungen in den einzelnen Ortsgruppen ent-
senden die streikenden und ausgepeisten Arbeiter eine Ver-
handlungskommission, der etwa zwei Prozent der be-
teiligten Arbeiter und die Vertreter der Gewerkschafts-Organisa-
tionen angehören sollen. Diese Kommission soll ermächtigt
sein, endgültige Abmachungen vornehmen zu können.

Die Ortsgruppe der Arbeiter soll berechtigt sein, ebenfalls
zwei Prozent von den auspeisenden Arbeitern zur Teilnahme
an den Verhandlungen hinzuzuziehen zu dürfen. Die von den
Arbeitgebern hinzugesetzten Arbeiter sollen kein Stimmrecht
ausüben.

Dieser Vorschlag erscheint den unterzeichneten Organisations-
vertretern nicht als geeignet zur Beilegung der in der Thüring-
ischen Metallindustrie bestehenden Differenzen und bedeuten wie
daher, diesen Vorschlag vor unseren Mitgliedern nicht vertreten
zu können.

Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß Versammlungen der
streikenden und ausgepeisten Arbeiter eine aus ihrer Mitte
gebildete Kommission zum endgültigen Abschluß autorisiert,
solange es sich nur um die Regelung örtlicher Streitpunkte
handelt.

Wenn es ist die Arbeiter der Vorherrschaft, wozu ein Teil
der Vertreter der Arbeiter durch die Internernehmer ernannt
werden soll, vollkommen unannehmbar, wie es auch Jährerits
ausgeschlossen sein dürfte, daß die Arbeiter für sich das Mit-
bestimmungsrecht bei der Auswahl der Internernehmer-
beauftragten würden. Die Arbeiter vertreten hier genau den-
selben Standpunkt, den die Internernehmer-Organisationen und
nicht zuletzt der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller
seit Jahr und Tag vertreten. Eine derartige Ernennung der
Arbeitgeber durch die Arbeiter wird ihre Verantwortlichkeit zu
Verhandlungen durch selbstgewählte Vertreter ohne Berechti-
gung zu endgültigen Abmachungen in keiner Weise berührt und
dürfte das eine geeignete Grundlage zur Herbeiführung einer
Verständigung sein.

Sollte dieser Weg Ihnen nicht gangbar erscheinen, so bliebe
nur unter anderer heute vormittag gemachte Vorschlag, der
folgendermaßen lautet:

In allen Orten, an denen Streiks oder Auspeisungen be-
stehen, werden von den beteiligten Arbeitern Vertreter gewählt,
die mit von den beteiligten Internernehmern gewählten Ver-

tretern und solchen der beiderseitigen Organisationen eine
Zentralverhandlungskommission bilden.

Diese Zentralverhandlungskommission stellt die Bedingungen,
unter denen die Beilegung der bestehenden Differenzen erfolgen
soll, fest und ansetzt.

1. Durch Festlegung der Zahl beteiligter Arbeiter, die nach
Erzielung einer Verständigung sofort wieder eingestellt werden
sollen, sowie durch Festlegung des Zeitpunktes, innerhalb
welchen die Wiedereinstellung weiterer Arbeiter nur aus dem
Reisenden der noch streikenden und ausgepeisten Arbeiter
erfolgen soll.

2. Prüfung und Beratung der von den Auspeisenden ge-
legerten Wünsche. Für das Zustandekommen von Verhand-
lungen auf den bezeichneten Grundrissen unter den beteiligten
Arbeitern zu wirken, erklären wir uns bereit und sehen Ihrer
Einführung gern entgegen.

Dochachtungsvoll
für die Bezirksleitung des 5. Bezirks im Deutschen Metall-
arbeiterverbande:
geb. Otto Wolf, Bezirksleiter.

Bevor die zuletzt geschilderte Unterbrechung stattfand, hatten
auf verschiedenen Orten einzelne Arbeitgeber erkennen lassen,
daß sie geneigt seien, selbständig die Bedingungen für die
Wiederaufnahme der Arbeit in ihren Betrieben mit den Ar-
beitern zu vereinbaren. Daher konnte der Metallindustriellen-
Verband die obige Antwort nicht abwarten und mußte ver-
stehen, seinen Einfluß zu retten und gab die Karole
heraus: „Berücksichtigung in den einzelnen Orten und Betrieben eine
Regelung zu erlangen und verlangt, daß von den Arbeitern
Kommissionen mit der Ermächtigung zur Abschließung von
endgültigen Abmachungen gewählt werden, zu denen die Ar-
beitgeber ebensoviel Arbeiter bestimmen, wie die Arbeiter.“

Diese Karole ist nicht von allen Betrieben befolgt worden.
Die Firma H e n r y B e l z u. S o. in E r f u r t und die F a b r i k
a u g u s t E i s e n a c h in E i s e n a c h und eine Anzahl
anderer Firmen verweigerten nach einer Verständigung, wozu
folgende Antwort von Seiten der Arbeiter erteilt worden ist:

Die Betriebsversammlung erklärt sich bereit, die Verhand-
lungen zur Wiederaufnahme der Arbeit für ihren Betrieb
durch eine von ihr selbst gewählte Kommission oder ihren
bestehenden Arbeitersausschuss führen zu lassen und lehnt es
ab, die Kommission zu ernennen, endgültige Abmachungen
ohne Zustimmung der Betriebsversammlung vornehmen zu
können und von der Firma Arbeiter zu der Kommission hin-
zuziehen zu lassen.

Die Firmen erklärten sich nun auch damit einverstanden,
den Bedingungen für die Verhandlungskommissionen verhan-
deln zu wollen. Die Verhandlungen haben ergeben, daß in
der Fahrzeugfabrik Eisenach und bei Henry B e l z u. S o. am
Montag, den 11. August, die Arbeit von allen Arbeitern auf-
genommen wird.

Die Zugeständnisse der Fahrzeugfabrik sind folgende:

1. Für Überstunden wird ein Zuschlag gewährt, für die
beiden ersten Stunden 20 Prozent und für Nacht- und Sonntags-
arbeit 30 Prozent zum Stundenlohn laut Arbeitsver-
trag.

2. Die Lohnzahlungsperiode ist eine wöchentliche ohne Rück-
sicht auf den Monat.

3. Die Firma gewährt eine Lohnzulage von 1 Pfennig für
sämmtliche Arbeiter und einen zweiten Pfennig für die in Lohn
Arbeitenden. Eine weitere Lohnzulage von 1 Pf. für sämmt-
liche Arbeiter wird am 1. Juli 1912 gewährt.

4. Alle Arbeiter gehen am 11. September, früh 6 Uhr, an
ihren alten Arbeitsplatz.

Für H e n r y B e l z u. S o. in E r f u r t sind folgende Ver-
einbarungen getroffen worden:

1. Die gesamte Belegschaft wird sofort wieder eingestellt.
2. Den in Arbeit stehenden Arbeitern wird eine Steuerungs-
zulage von 2 Pf. pro Stunde gewährt.

3. Die Arbeitszeit wird auf wöchentlich 57 Stunden redu-
ziert.

4. Befehlende erprobte Arbeiter sollen nicht herabgesetzt wer-
den, ganz gleich, welcher Altersüberschuss erzielt wird, es sei
denn, daß durch Fabrikationsverbesserungen eine Herabsetzung
gerechtfertigt ist. Unzulängliche Arbeiter, insbesondere die der
Schloffer, sollen aufgegeben werden.

5. Überstunden werden in Zukunft mit 10 Pf. entschädigt.
Die Verhandlungen mit den anderen Betrieben wird in ent-
sprechender Form erfolgen, wenn die Arbeitgeber es ermög-
lichen. Der Metallindustriellen-Verband tritt immer wieder
hören zu wollen. Er hat an die Arbeitgeber folgende Be-
dingung erteilt:

Die Verhandlungen finden betriebsweise in den einzelnen
Orten statt, wozu

1. Die Arbeitgeber für je 100 Mann ihrer Belegschaft nicht
über drei Arbeiterbelegte mit Bezugsrecht hinzuzuziehen,
und

2. Die Arbeiter ebensoviel mit Stimm- und Bezugsrecht
wählen.

3. Die Metallindustriellen-Verbandsleitung führt die Ver-
handlungen im Weisheit der betreffenden Fabriksleiter oder
Leiter, des Ortsgruppenverbandes und kooperiert nach eigenem
Ermessen Ortsgruppenmitglieder.

4. Die beteiligten Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften küm-
men durch ihre Orts- und Bezirksleiter vertreten sein.
Dazu werden sofort gebrochene Einladungsarten an die ein-
zelnen Firmen versandt. Die Karten haben folgenden Wort-
laut:

E i n l a d u n g
Zur Wahl von Delegierten des Betriebs für Einigungs-
verhandlungen

am in September 1911.
H i e r m i t

Von den Karten ist kein Gebrauch gemacht worden.
Außer der zuletzt benannten Karte wird versucht, die Ar-
beiter mit der Aufhebung der Auspeisung zu unüberlegten
Schritten zu verleiten. Nach den dazu schärfsten erfolg-
ten Befehlmaßnahmen werden die Belegschaften erst Fest-
legung der Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit
fordern.

Die vollkommen ohne jeden triftigen Grund von dem Ver-
band Thüringer Metallindustrieller leistungsvoll vorgenommene
Auspeisung geht immer wertvoller Ende entgegen. Was die
Metallindustriellen bezogen werden, kann nicht eintreten.
Die Organisation der Arbeiter wird nicht geschwächt, sondern
gestärkt werden. Das ist ein Erfolg der Auspeisungen. Hoff
der Internernehmer, den sich die Herren Metallindustriellen wohl
tun haben träumen lassen.

Die Lohnbewegung der Lithographen und Steinbruder in
Leipzig.

In einer Versammlung am 7. September wurde Bericht er-
halten über den Stand der Bewegung. Sechs Firmen mit 51
Beschäftigten haben die eingetragenen Forderungen bewilligt, sieben
andere Firmen haben zwar geantwortet, doch konnte die Sache

nach nicht zum Abschluß kommen, einige weitere Firmen wollen den Verkauf der Dinge erst noch amputieren. Diese Firmen gehören dem Schupverband deutscher Steinbrückenbesitzer nicht an. In geheimer Abstimmung an der sich nur in die Frage kommenden Lithographen und Steinbrückenbesitzern, während die Chemigraphen, Lithographen, Holzdrucker und Formstecher sich der Abstimmung entziehen, da für diese Betriebe die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt sind, wurde mit 1185 gegen 27 Stimmen beschlossen, die 8 in die 10 in eingetragenen und den Kampf aufzunehmen. Das Resultat löste ungeheure Beifall aus. Derselbe wurde eine Kommission zur Führung der Geschäfte gewählt und beschlossen, Lebensfragen und Hausarbeit bis auf weiteres zu verweigern. In den Schlussreden wurden dann noch eine Reihe Verwaltungsmaßnahmen bekannt gegeben und die Geschäfte in unüblichen Handlungen gemacht. Die Verhandlungen sind inzwischen eingeleitet. Leipzig ist für Lithographen und Steinbrücken besetzt.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 12. September 1911.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Donnerstag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr finden Distriktsbesprechungen statt. Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich in ihren Distriktslokalen einzufinden, da wichtige Parteifragen erörtert werden sollen. — Im Vorort beginnt die Besprechungen bereits um 8 Uhr. Die Mitglieder dieser Distrikte werden ersucht, recht pünktlich zu sein. Der Vorstand.

Seht die Wählerlisten ein!

Es ist die höchste Zeit!

Nur noch bis Freitag liegen die Wählerlisten zur Einsichtnahme aus; wer sich kein Wahlrecht sichern will, verläumde die kurze Frist nicht. Es empfiehlt sich, die Einsichtnahme jetzt nicht mehr durch die bekannt gegebenen Stellen zu veranlassen, sondern direkt im Parteibureau, Burg 12/43, damit keine Verzögerung eintritt, wenn noch fehlende Namen nachgetragen werden müssen.

Auf verchiedene Anfragen, ob die Eintragung noch geschieht, wenn rückständige Steuern nachbezahlt werden, sei bemerkt, daß die Steuern für das 3. und 4. Quartal 1910 und die ersten beiden Quartale 1911 bezahlt sein müssen. Wer um Eintragung nachgehrt hat aber aus anderen Gründen nicht bezahlet konnte und das sofort nachholt, ändert noch Eintragung in der Liste. Alle Geschäftsstellen, an die Eintragungsteil verlangt sind, werden ersucht, die ausgefüllten Zettel sofort an das Parteisekretariat zu senden.

Es muß jetzt reich und pünktlich gearbeitet werden. Die diesjährigen Wahlen erfordern wegen der Zahl der zu Wählenden besonders großes Interesse. In der dritten Klasse scheiden aus in der Altstadt die Stadtvorordneten Dr. Hartung, Sämann, Meyer, Renner, Stammer, Tzschelle und Drauer. Für letzteren ist eine Ersatzwahl auf vier Jahre vorzunehmen. In den Vororten scheiden aus die Genossen Emmer und Weige.

Nach den Bestimmungen der Stadtvorordnung müssen die Hälfte jeder Klasse Grundbesitzer sein. Gegenwärtig sind von 22 Stadtvorordneten in der 3. Klasse 11 Hauseigentümer. Von den Ausschüssen sind vier Hausbesitzer; es müssen also vier Hausbesitzer und fünf Mieter gewählt werden. Die Wahlen finden wieder getrennt in der Altstadt in neun Bezirken und in den Vororten in zwei Bezirken statt.

Die Arbeiterchaft ist durch die Trennung der Altstadt von den Vororten wieder stark benachteiligt. Wollen wir siegen, heißt es arbeiten mit aller Kraft. Darum schicken sich jeder sein Wahlzettel!

Aus der Stadtvorordnetenversammlung.

Gegen die Teuerung.

Der gestrigen Sitzung der Stadtvorordneten wurden nach Erleuchtung der gewöhnlichen geschäftlichen Mitteilungen zwei Vorschläge zur Bekämpfung der sich zu einem Notstand auswachsenden Teuerung zur Diskussion unterbreitet. Die Stadtvorordneten derselben und Genossen hatten eine Interpellation an den Magistrat eingeleitet, in der sie fragten, ob der Magistrat geneigt sei, zur Änderung der Teuerung bei der Regierung Schritte für die Ermäßigung der Frachten und Zölle und die Deckung der Grenzen zu unternehmen.

Der Bürgermeister S. 111 erklärte, daß der Magistrat die Anfrage in der Sitzung am nächsten Montag beantworten werde. Weiter lag aber noch folgender ausführlich begründeter Antrag der sozialdemokratischen Stadtvorordneten vor:

1. bei der Landes- und Reichsregierung ohne Verzug Schritte dahin unternimmt, daß die Nahrungsmittelpreise aufgehoben, die Grenzsperrung für die Einfuhr von Vieh und Fleisch beseitigt und das System der Getreideimportzölle abgeschafft werde;
2. dem Vorstand des deutschen Städtebundes beantragt, daß die Bekämpfung der Lebensmittelteuerung zum Gegenstand der Verhandlungen auf dem diesjährigen deutschen Städtekongress gemacht werde; und
3. mit der Stadtvorordnetenversammlung darüber in Verhandlungen eintritt, daß kommunale Maßnahmen getroffen werden, denen zufolge unserer Bevölkerung möglichst billige Lebensmittel verabreicht werden können.

Die Beratung dieses Antrages wurde ebenso wie die der Interpellation auf dem nächsten Montag verschoben.

Stadtvorordnetenwahlen am Sonntag.

Von unseren Genossen war außerdem noch folgender wichtiger Antrag gestellt:

Das Stadtvorordnetenkollegium möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die im November d. J. stattfindenden Stadtvorordnetenwahlen der dritten Abteilung an einem Sonntag anzusetzen.

Der Antrag wurde dem Petitionsausschuß zur Vorbereitung übergeben.

Bei der nun beginnenden Beratung der Tagesordnungspunkte gab es eine lange Debatte über den neuen Antrag Böschle, ein Café im Noten Turm einzurichten.

Ein dahingehender Antrag des Magistrats ist bekanntlich vor zwei Monaten abgelehnt worden. Der kommunale Bezirksverein Ost und der Verein der Gehilfen haben Einsprüche gegen den Antrag eingereicht.

Stadtv. Böschle erklärt in der Begründung seines neuen Antrages, daß der Grund, daß die Räume zu klein sind, nicht mehr gelten könne. Die Räume seien gerade so, wie sie jetzt hergerichtet sind, außerordentlich für ein Café geeignet. Das Lokal würde ein Treffpunkt für Freunde werden. Man müsse unbedingt diese Räume günstig ausnutzen.

Auf die Anfrage eines Stadtvorordneten, ob nicht die Konzeptionssteuer und die Stellung der Bedürfnisfrage aufgehoben werden könnte, wenn man Nacht aus dem Café beziehe, antwortete Bürgermeister S. 111, daß davon gar keine Rede sein könne. Man solle auch nicht glauben, daß die Steuerfrage leicht wie ermäßigt werden könnten, wenn man das Café einrichte. Für diese Einrichtung seien ganz andere praktische Gründe nachzubringen. Die Stadtv. Weige und Weige sprachen ausführlich gegen den Antrag. Sie erklärten, man könne den früheren Beschluß doch nicht einfach aufheben, denn die Abrechnungsgründe von damals seien nicht widerlegt. Die Räume seien zu klein. Sie böten keinen Raum für Nebengeschäfte für die Wirtschaft, und wenn man noch ein Treppenanlagen mache, bleibe nichts mehr übrig. Außerdem hätte er es für der Eihil widerstehend, in einem Glotterium einen Gastwirtschaftslokal zu legen. Der Bürgermeister und Stadtv. Weige sprachen ausführlich für den Antrag, wobei erklärt wurde, daß nicht nur drei Fronten der oberen Räume, sondern nach und nach auch die weiteren Raumbereitungen zum Café herangezogen werden sollten. Den Eshilfen wurde erwidert, daß sie in dem Glotterium ja sogar ein Büro anlegen könnten.

Stadtv. Oberburg erklärte, daß er mit seinen Freunden für den Antrag stimmen werde. Er verlange aber, daß das neue Lokal in nächster Reihe vermauert werde und wünschte, daß diesem Vorstoß nicht die volle politische Beschäftigung zuteil werden, wie dem Volkspark. (Zurufe: Recht richtig!)

Während der Sitzung, welche am 10. September stattfand, erfolgte nochmals gegen das Café gesprochen wurde, wobei im Prinzip die Einrichtung eines Cafés im Noten Turm gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Aus den weiteren Verhandlungen ist noch die Erleuchtung folgender Punkte bemerkenswert:

Ein städtisches Grundstück von 104 Quadratmeter Größe wurde zum Preise von 80 Mark pro Quadratmeter gegen die Stimmen unserer Genossen an die Familie Schlichter, die Besitzerin des benachbarten Grundstücks Friedenthaler 58, zu veräußern beschlossen. Die Vorlagen über Antrag eines Vorstandes der Brauereigenossen und über Beschäftigung formaler Staatsüberwachungen beim Elektrizitätswerk wurden ebenfalls genehmigt. Bei der Beratung der Nachbesichtigung von Eitelüberwachungen der Kammerüberwachung, die bekanntlich in der Beschäftigung von 1070 800 300 Mark in der Stadtfrage aufweist, behielten viele Stadtvorordnete während der Sitzung, weil sie bei einer Abstimmung trotz alles Zusammenstimmens nicht mehr beschlußfähig war, abgelehnt werden mußte.

Der Streit in der Zementfabrik Saale in Grannan-Nietleben aufgehoben.

Der Streit wird, nachdem die Streikenden anderweitig untergebracht sind, von der Organisation als beendet erklärt. Besonders anerkennend sei nochmals hervorzuheben, daß während der neunwöchentlichen Dauer des Streiks kein halbes Arbeiter Streikföcher wurde. Das eben so gut haben die Arbeiter der umliegenden Orte Solidarität geübt. Nur ein von Schlettan kommender Arbeiter mit Namen Linde hat es sich für sich befohlen, seinen Posten im Schlettaner Kraftwerk freiwillig aufzugeben, um aufzuschieben den in der Zementfabrik Saale zu verrichten. Von den 100 in der Streikbetreuen sind nur drei Mann abgegangen: Heizer Willi Dieb, der im Maschinenhaus beschäftigt Hermann Schöpe, beide aus Nietleben, und der Schmelzer Herr. Bode aus Schlettan. Alle drei waren erst kurze Zeit organisiert. Die Zukunft wird es ihnen lehren, ob sie ihren eigenen Arbeitsplatz nicht zu teuer mit ihrer Arbeiterehre bezahlt haben? In die Halle'sche Arbeiterchaft aber richten wir nochmals die Bitte, bei Arbeitsaufnahme in der Zementfabrik vorher nach dem Stundenlohn zu fragen und unter 8 Mk. pro Stunde unter keinen Umständen anzunehmen. Die Betriebsleitung war geneigt, daß sie nur dadurch die fremden Streikföcher halten konnte, diesen bedeutend höhere Löhne zu zahlen und außerdem freie Kost und Logis zu gewähren, trotzdem es fast durchweg unbrauchbare Arbeiterkräfte waren, die während des Streiks den Betrieb zweimal fast gearbeitet haben. Auch jetzt sieht der Betrieb sehr zehntagen schon wieder vollständig still. Das alles beweist, daß die Rentabilität des Wertes nur durch die Beschäftigung hiesiger Arbeiter gesichert werden kann, und der durch die Streikfähigkeit der Direktion, die es zum Streik kommen ließ, verursachte Schaden von mindestens 100 000 Mark wird wohl noch lange Zeit den Aktionären ein recht unangenehmes Magenbrühen bereiten, nach dem sie nicht so bald wieder ein Verlangen tragen werden. — Als nochmals: Nahrung bei Arbeitsaufnahme; verleihe jeder seine Arbeiterehre zu teuer er nur kann; das gilt besonders für den Betrieb der Zementfabrik Saale in Grannan bei Nietleben.

Verband der Radfahrerleiter Deutschlands. Zahlstelle Halle a. S.

Die Halle'sche will sich verabschieden. Wir angeln in der vorigen Woche fest, daß Halle'sche Zeitung einen Mann, der in der Nacht zum Sonntag um 1/2 Uhr Polizeisten beleidigt haben soll, dem Volkspark anhängen wollte, obwohl dieses Lokal schon um 10 Uhr geschlossen worden war. Später stellten wir noch fest, daß der Beleidiger ein unbekannter Mann gewesen sei, der sich schon vorher verabschiedet hatte. Jetzt hat die Halle'sche, der „Beleidiger“ ist ein wiederholt verurteilter 38-jähriger

Mann, der als eifriger Anhänger der Sozialdemokratie bekannt ist, seinen Namen unter dem Pseudonym „Halle“ ist. Da wollen wir das Wälchen doch nochmals fragen, wenn denn der Mann als eifriger Anhänger der Sozialdemokratie bekannt ist. Uns nicht, und auch denen nicht, die ihn in der tagelangen Nacht gehörig zurechtgewiesen haben. Wenn er von anderer Seite als eifriger Anhänger der Partei bezeichnet wird, muß er dort in besser bekannt sein. Wir halten die Vorführung, die Partei-Genossen sollen sich vor Privatleuten in Acht nehmen, voll ungesund, und wir verweisen darauf, wie korrekt auf dieser Parole sich die Genossen benahmen, die dem „Beleidiger“ erklarten, daß wenn der Mann, der ebenfalls im Kauerer der Jänner Säuger war, erst dann, als er nachts aus dem Volkspark kam, die Duplikate anreichte. Warum löst man da nicht in der Halle'schen, wie es doch richtig war, daß ein Würgerkaterbeißer in der Säuglinge betäubt habe? Was — zum Teufel — geht es den Volkspark an, wenn Leute in anderen Lokalen des guten zu viel genießen und dann mit Schülgenen Redereien besetzen? Das gerade ist die Gemeinheit an dieser Debatte, daß man das, was bei bürgerlichen Lokalen kein Mensch bräutet, dem Arbeiterheim als schweres Vergehen anrechnet, und in dieser letzten Debatte hat sich die Gemeinheit in ihrer ganzen ekelhaften Brutalität entblüht, indem das Stinkpapier des zuletzt beherrschte bürgerliche Lokal verschweigt und Dinge, die bei seinem Verlassen passieren, dem längst geschlossenen Volkspark zur Last legt. Arbeiter, leucht Euch gegen diese Leute auf, durch regelmäßigen zahlreichen Besuch des bestimmten Heims der Arbeiterchaft!

Der Streit der Getreidearbeiter auf dem Speicher der Firma Wundschheim u. Co. in der Volksparkfrage geht ungedeckt der der Firma zur Verfügung stehenden Arbeitswilligen weiter. Letztere sind der schweren Arbeit ferngehalten worden, was auch der Firma Veranlassung gegeben hat, einige Handwerker wieder auf Arbeit zu setzen. Andere haben freiwillig die Güter ihrer Zäunerei verlassen. Trotz alledem stehen die Herren Wundschheim auf dem Standpunkt, daß es ihnen gelingen werde, nach und nach geübte Kräfte heranzuziehen. Sie lehnen deshalb nach wie vor jede Verhandlung ab. Damit dokumentieren diese Herren in jeder Hinsicht ihren arbeitseigenen Standpunkt in seiner ganzen Anständigkeit. Statt den bei ihr langjährig in schwerer Arbeit tätigen gemeinen Arbeitern einmal bei den jetzigen Teuerungsberechtigungen eine kleine Vergütung zuzuführen zu lassen, läßt sie es sich lieber zuwenden von Markt umzubringen, damit in ihrer Nachfolge ihren arbeitseigenen Standpunkt in seiner ganzen Anständigkeit. Statt den bei ihr langjährig in schwerer Arbeit tätigen gemeinen Arbeitern einmal bei den jetzigen Teuerungsberechtigungen eine kleine Vergütung zuzuführen zu lassen, läßt sie es sich lieber zuwenden von Markt umzubringen, damit in ihrer Nachfolge ihren arbeitseigenen Standpunkt in seiner ganzen Anständigkeit.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Zahlstelle Halle.

* Die Wasserleit hatte zur Folge, daß mehrere Weiser kleinerer Schrebergärten Strafmassnahmen erhielten, weil sie den damals erlassenen Polizeibestimmungen gegenüber Teuerungsmäßig zum Besonderen der Pflanzen verwendet haben. Die Weisungen sind unter gerichtliche Entscheidung verantragt und erzielten gegen vor dem Schöffengericht ihre Freisprechung, da nur festgestellt werden konnte, daß sie nur Wasser- oder Ueberlaufwasser aus den Bässen zum Begießen verwendet hätten. Allerdings ist die Verwendung von Ueberlaufwasser zum Begießen der Pflanzen, was damals noch zum Trinken oder Bereiten von Nahrungsmitteln verwendet werden konnte. — Zwei weitere Verhandlungen mußten vertagt werden, um Verurteilungen zu ermitteln, die wiederholt an bezogen Tagen die Teuerungsberechtigungen aufgebracht haben sollen, um die Bässen zum Trinken oder Bereiten von Nahrungsmitteln verwendet werden könnten. — Zwei weitere Verhandlungen mußten vertagt werden, um Verurteilungen zu ermitteln, die wiederholt an bezogen Tagen die Teuerungsberechtigungen aufgebracht haben sollen, um die Bässen zum Trinken oder Bereiten von Nahrungsmitteln verwendet werden könnten. — Zwei weitere Verhandlungen mußten vertagt werden, um Verurteilungen zu ermitteln, die wiederholt an bezogen Tagen die Teuerungsberechtigungen aufgebracht haben sollen, um die Bässen zum Trinken oder Bereiten von Nahrungsmitteln verwendet werden könnten.

Ein schwerer Einbruch in der Nacht vom Sonntag zum Montag in die Gastwirtschaft des Genossen Emmer wurde der Jahnmarkt verurteilt. Die Diebe haben eine reiche Beute in Zigarren und Zigaretten, Weine, Champans und Wäpche mitgehen lassen. Der Schaden ist ein ziemlich bedeutender. Den Dieben ist man auf der Spur. — Später ist ein Einbruch in einem Zigarrengeschäft in der Schlichterstraße verurteilt worden. Der Dieb hat mit einem Genossen Emmer gehörige Räte wieder gefunden. Es handelt sich demnach um dieselben Epibanden.

Feuer auf dem Markt. Am der Deffauerstraße geriet gestern abend eine Kude des Kaufmanns Ube in Brand. Einige Möbelstücke sind dabei von den Flammen stark angegriffen worden. Das Feuer konnte bald gelöscht werden.

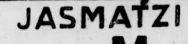
Stadt-Theater. Für Mittwoch ist eine einmalige Abend-Vorstellung des Schauspiels „Glaube und Demut“ angesetzt. Donnerstag wird die Eröffnungsvorstellung „Gutes und kein Böses“ im letzten Male wiederholt. Freitag geht das Stück „Mein erlauchter Vahner“ in Szene. Sonnabend wird die Opernspielzeit mit Richard Wagner's „Ahnung“ eröffnet. Für Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr ist die erste Volksvorstellung Dr. Klaus angesetzt. Die Vorverkaufsstellen sind am Mittwoch an den vom Vorjahre bekannten Vorverkaufsstellen zu haben und werden ab Donnerstag früh 10 Uhr an der Kasse des Stadt-Theaters umgewandelt. Preisverkauftscheine sind auch im Arbeiter-Sekretariat zu haben.

Die Schwänbel mit Hint.

Wir stellen schon gestern fest, daß die Messerföcherer in Ammendorf mit unserer Arbeiterbewegung absolut gar nichts zu tun hat. Im Generalstreik wird jetzt von anderer, einmündiger Seite dasselbe gesagt. Es wird da energisch bestritten, daß die Genossen

„Jemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gespreizten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keine Partei angehören.“ Gustav Conrad ist am Freitag, den 1. September, eine Woche von dem Unglücksort, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen und Messern so bearbeitet worden, daß es ihm nur durch lautes Pöfelfahren und unterstützt durch die Einsohner in der Weisenstraße möglich war, zu entkommen. Da er sich nicht mehr getraute, diesen Weg allein zu gehen, hätte er seine Väter gebeten, ihn doch an diesem Freitag abzuholen. Diese kamen dem Wunsch nach, was das Verbrechen abgefragt worden, die es Freitag mit Gummischläuchen zur Stelle waren. Die Gummischläuche waren mehrfach mit Auspreßkraft durchgesehen und befinden sich in den Händen der Polizei.

Das ist eine noch schärfere Schilderung, als wir sie nach dem aus geltend vorliegenden Mitteilung bringen konnten. Nun



Viele Köpfe, viele Sinne

Aber alle sind sich darüber einig, dass

Unsere Marke

die beste 2Pfg.-Cigarette ist.

Wie man aber zu wech bedenktes frecher Gemeinheit die liberalen" Saatsregierung und die von ihr ausgehauene allgemeine Stellung sich aufhängen.

Eine lokale Affäre mit politischem Hintergrund spielte sich in der Nacht zum Sonntag in Ammendorf bei Halle ab. Schon seit längerer Zeit besteht zwischen den national und sozialdemokratisch organisierten Arbeitern in Folge der bestehenden Streiks in hiesigen Fabriken eine bittere Feindschaft, die von dem sozialdemokratischen Halleischen Volksblatt selbstständig feilsch geführt wird. Das ist nachherge die Hauptursache der sozialdemokratischen Zeitungen geworden. Als ein Produkt dieser verhassten Tätigkeit ist folgender beflaggenwerter Vorfall zu besprechen. Mehrere in den fünf hiesigen Gewerkschaften organisierte Polizeiarbeiter der hiesigen Wagenfabrik, in der in letzter Zeit Streiks und Ausschände an der Tagesordnung waren, die stets zum Schaden der Arbeiter benutzt wurden, legten Freitag Abend gegen 11 Uhr von der Woißhaustraße in Weesen, einem von der Sozialdemokratie politisierten Ortsteil, nach Ammendorf zurück. In der Woißhaustraße wurden sie von einer Anzahl politisierender sozialdemokratischen Arbeitern angehalten und nach kurzem Wortwechsel überfallen und mit Messern bearbeitet. Die Strafen sollten einen kleinen Denksatz für ihren Verrat an der Arbeiterschaft erhalten — so hieß es — weil sie in dem politisierten Ortsteil gehandelt hätten. Wie die Wunden fielen die in harter Wehrhaft befindlichen „Menschenkinder“ über die „Strafen“ der. Dabei erhielt einer der Steilmänner Joseph Stolzenfels von hier, mehrere Messerstücke in Kopf und Brust, davon einen in die Lunge, der den Tod des Arbeiters zur Folge hatte. Die hiesigen Kollegen des St. hatten ebenfalls Stichwunden erhalten, einer mehrere gefährliche Stiche in den Kopf, die vom Arzt vernäht werden mußten.

Als Täter wurden die in der sozialdemokratischen Partei organisierten Arbeiter Ober, Gencard aus Weesen verhaftet, die ihre Verbrechen auch bereits eingestanden haben. Sie wollten, wie immer, nur einen „kleinen Denksatz“ mit der Messertippe vererben! Ein dritter Beteiligten wurde in Folge von seiner Arbeitsstelle weg verhaftet. Das schandwürdige Verbrechen erweist auch in den denkenden Arbeiterschaft tiefsten Abscheu. Nur schade, daß die indistincten Veranlasser nicht zur Rechenschaft gezogen werden können!

Jeder Satz in diesem Geschmier ist eine niederträchtige insame Lüge. Aus der Verächtlichkeit, die der Generalanzeiger bringen mußte, und aus der von uns gegebenen Schilderung ergibt sich klar, daß das sozialdemokratische Bohlenwerk nicht und nimmer die Rede sein kann. Die Täter sind keine Parteimitglieder und Werten nicht lange nicht ausgespielt. Im Gegenteil, dem Hohn, der den Verfechtlichen fährte, sind vor einigen Wochen von Arbeitsschlichter selbst Verhandlungen gemacht, daß er als Arbeiter noch fortgesetzt in der nach immer im Rücken der Arbeiterischen Verfechtung verfechte. Er handelte also nicht im Sinne der Sozialdemokratie, sondern im Interesse unserer Gegner, derjenigen, die ihn jetzt so gemein und schamig behandeln.

Im übrigen verschweigen die liberalen Blätter völlig, daß vorhinige Woche bereits von den hiesigen Arbeitern ein Vorfall auf Konrad verübt wurde. Für diese Tatlage sind aber, wie wir erfahren, bereits 14 Zeugen da. Dann stellt sich also umgekehrt heraus, daß gegenüber dem brutalen, handgreiflichen Terrorismus der liberalen Strafen, die politisch indifferente Kontakts sich in Not zu Hilfe befehlen.

Wenn aber man glaubt, daß die „liberalen“ Blätter jetzt ihr Geschmier richtig stellen werden, irrt man sich. Sie werden auch durch Schweigen noch benehmen, das ist richtig ist, zu sagen: **Gemeinheit, dein Name ist Liberal.**

Verens- und Veranigungs-Kalender.

Die Gartenstadt-Gesellschaft, Frisurmpie Halle, hält am Mittwoch, den 13. September, abends 8 Uhr, im Hotel zur Tulpe eine Sitzung ab zur Vorbereitung der Ausstellung von Wohnungen und Möbeln der Gartenstadt. Das Sarraceni-Gesellschaft in Halle wird nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, am Freitag, den 15., sondern erst am Sonntag, den 16. September, beginnen, da infolge der Entlastung

in Kiel das dortige Schiffsverlagwerk werden muß. Es werden die Ereignisse des Jahres 1911 in den Monatsblättern des Verlags in der Nacht zum Sonntag in Halle eintreffen; mit dem Aufbau der Anlagen wird bereits in den nächsten Tagen begonnen werden. Sofort nach Beendigung des Wartens werden die ersten Einflüsse und die ersten Geräte durch die Spezialmaschinen des hiesigen Sarraceni zum Aufbau gelangen. Es können nunmehr nur noch zwei Tage für das hiesige Sarraceni-Schiffwerk in Aussicht genommen werden. Sarraceni hat übrigens in alleinständiger Zeit seiner Dienstleistung noch einige Situationen hinzugefügt, von denen in den bisherigen Mitteilungen noch keine Rede war. In der ersten Aufsichtsergebnisse Schiffsanlagen auf dem Gelände der Friederichstraße gehört ein bozendes aufständisches Dienstleistungsunternehmen.

Allerlei.

Der „gute Ton“ der Zentrumschriften.

Besonders die Zentrumspresse weiß nicht genug über den angeblichen „Saubereitenden“ der Sozialdemokratie zu setzen. Dabei finden sich in einem gegen die Woißhau gerichteten Leitartikel der Germania, des Nationalorgans des Zentrums, in einem Absatz von achtzehn und einer halben Zeile folgende lustige Witten: „Unverfrorenheit“, „Frechheit“, „herabzu phänomenale Ungezogenheit“, „unwürdige Großmuth“, „überdieser Intoleranz“, „Völlerei“, „amoralisch“, „Vergewaltigung“, verbunden mit Unhöflichkeit.“ Die Witten sind nicht nur in der Zentrumspresse, sondern in der alleinständigmachende Zentrumspresse allein Grund, sich über „sozialdemokratischen Saubereitenden“ zu entziehen.

Der Hundstun durch Schwaben.

Der Staat zum Ueberlandflug Stuttgart — Ulm — Friedrichshafen erfolgte am Montag früh auf dem Rennplatz Weil bei Stuttgart. Von den 12 Fliegern, die angemeldet waren, nahmen sieben am Fluge teil. Die Flieger Hoffmann und Bölle mußten unterwegs eine Notlandung vornehmen. Däuner, der erst eine Probefahrt machte, ist aus einer Höhe von 25 Metern abgestürzt. Sein Apparat ist vollständig zertrümmert worden, doch ist er selbst unverletzt geblieben. Einpflanzler, der mit seinem Passagier, Leutnant Keller, am Start erschienen war, konnte wegen Motordefektes den Flug nicht antreten. Esam in mit Passagier Gortillon ist als erster in Ulm gelandet. Als weiterer folgte Vollmüller mit Marineoberleutnant Vertram als Passagier.

Schiffungslid.

Ein fürchtbares Bootsunglück hat sich in den finnischen Schären ereignet. Ein Boot mit ausländischen Touristen zerstückte in den Stromschnellen in der Nähe der Stadt Penola (Gouvernement Wiborg). Im Boot befanden sich Dr. Paul Kemer nebst Frau, Architekt Knop, Frau Gehnd und Thea Ringen. Während die übrigen gerettet werden konnten, ertranken die letzten beiden.

Auf der Elbe bei Hamburg sind in der Montagnacht die beiden Dampfer Umlerland und Hedwig Weimann zusammengegerannt. Umlerland wurde in der Mitte so schwer getroffen, daß er nach kurzer Zeit sank. Hedwig Weimann ist auf den Strand gefloht worden. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts genaues bekannt. Man nimmt aber an, daß es gelungen ist, sämtliche Leute zu bergen.

Staatliche Eisenfachschule in einem amerikanischen Theater.

Im Divertheater in Nashville (Tennessee) kam es während der Nachmittags-Vorstellung zu einer aufregenden Scene. Eine Frau Samuel fand plötzlich auf und feuerte zwei Revolverkugeln gegen ein Fräulein ab, die im Boot befanden sich Frau Samuel sah. Das Mädchen wurde tödlich getroffen, die Wunden sofort verpackt. Sie hatte vor kurzem einen Scheidungsprozeß gegen ihren Gatten anstrengt, später aber den Antrag zurückgezogen. Sie hegte den Verdacht, daß ihr Gatte sie mit Fräulein Weir hintergehen wolle, die ihm die Besuche der Nebenbuhlerin überbrachte. Der Zuschauer benutzte sich einer ungeheurer Panik. Alles irrtümte dem Ausgang zu; mehrere Personen wurden bei dem Gedränge nicht unterbeilich verletzt. Viele Frauen fielen in Ohnmacht.

Von der langfristigen Rabdod.

Vor zehn Tagen entfiel in dem Hitz 3 der bekannten Beche Rabdod bei Damm ein Grubenbrand. Die Weiterverbreitung des Feuers wurde durch Eindämmung verhindert. In den letzten Tagen entzündete sich wieder eine Beche, die durch Unachtsamkeit und Klüfte im Gebirge entzündet worden. Daher wurden sofort alle Zugänge, die Luft dem Brande zuführen könnten, sorgfältig durch Mauern abgedichtet.

Kleines Märkle.

Böllig niebergelbracht ist das Nachbarkopf von Geseimende, Deinfede. Es ist viel Lieh den

Blammen zum Opfer gefallen. — Die Zuhörerextraktionen in der Grenzstadt Borna abhien haben sich vermehrt. In letzter Woche hies die Zahl der Zuhörerextraktionen auf 145. Ingesamt sind jetzt 20 Kranke der Epidemie erlegen. — Ein umfangreicher Waldbrand wüthet seit Sonntag auf dem Hitz bei Buzen. Infolge des geringen Strein- und Hochwassers auf die Zuhörer der Hitzhöhe, mußte nun der ganze Betrieb der Hitz eingestellt werden. — Zeitlich- linniger Schöbe. In Ritterdorf bei Jüterbog a. d. Oder entlief sich während der Hitzperiode das Gewehr des Hitzbesizers Gebert aus Hitzelung und traf den 18jährigen Hitzes Geberts so unglücklich, daß er sofort tot war.

Wasserstände.

Ort	10. Sept.	+0,16	11. Sept.	+0,15	0,01
Krtern, Brückendeg.	10. Sept.	+0,16	11. Sept.	+0,15	0,01
Nebrn, Oberpegel	„	+1,80	„	+1,90	+0,10
„ Unterpegel	„	+1,80	„	+1,86	0,04
Weißentels, Oberp.	„	+2,20	„	+2,38	+0,18
„ Unterp.	„	+0,82	„	+0,86	+0,04
Trotha	„	+0,86	„	+0,98	+0,02
Hilobrn, Oberpegel	„	+1,94	„	+1,81	-0,13
„ Unterpegel	„	+0,80	„	+0,78	-0,02
Seiburg	„	+0,69	„	+0,68	-0,01
Halbe, Oberpegel	„	+1,26	„	+1,20	-0,06
„ Unterpegel	„	-0,91	„	-0,61	+0,30

Elbe.

Ort	10. Sept.	-2,21	11. Sept.	-2,26	0,02
Dresden	10. Sept.	-2,21	11. Sept.	-2,26	0,02
Zorgau	„	-0,43	„	-0,49	-0,06
Wittenberg	„	+0,36	„	+0,41	+0,04
Wittenberg	„	-0,31	„	-0,29	+0,02
Harbo	„	-0,18	„	-0,26	-0,08
Magdeburg	„	-0,05	„	-0,08	-0,03

Palmim Palmona

IVO PUMHONY

Sie kommen nicht so hoch hinauf

in der Gunft des Publikums wie Palmim (Pflanzenfett) und Palmona (Pflanzen-Butter-Margarine), die sich jeden Tag mehr einbürgern sowohl als Koch- und Backfett wie auch als Brotaufstrich. — Das beweisen am besten die zahllosen Nachnahmen, die gewiss ein bezeugtes Zeugnis ablegen für die vorbildliche Qualität unserer Produkte.

H. Schindl & Cie. A.-G.

NB. Palmim feht auch „weich“ (schmalzähnlich) zu haben.

Steg Nr. 1. B. Merker, Steg Nr. 1.

Halle. a. S., gegenüber der Glauchaischen Kirche,

Spezial-Geschäft für feinen Damen-Putz

beehrt sich hierdurch den

Eingang sämtlicher Herbst- u. Winter-Neuheiten

ergebenst anzuziegen.

Grosse Auswahl **neuester Modelle** steht zur gefl. Ansicht.

Haushaltungsbücher

für alle Tage des Jahres, für jede Familie und einzelne Personen passend.

Preis 1 Mk.

Volks-Buchhandlung, Harz 42/43.

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Marke Schwan)

Billig im Preis, Vorzüglich in Qualität.

Unschädlich im Gebrauch.

Reinigt Wäsche, Geschir und Haus.

Standsamtliche Nachrichten.

Halle-Zoo: Zeitsunde 2 11. Sept.

Angeschieden: Kaufmann Wals und Magdalena Trümpler Berlin und Woißhaustraße 73. Hilfsboobott Schade und Hedwig Wolff Harz und Grünstraße 13. Urenbaldig-Wilhelm Kade und W. Schöningh Kottbus und Gafou 1. Schöner-Hornfeld und W. Faust Schönerbeck und W. Göttsche. Diener Maibell und W. Kroll Halle a. S. Seimigebahn. Dr. med. Schönerhoffer und E. Zedert Halle a. S. Letztent-

Geboren: Dreher Reiter E. (Seienersstraße 7). Reichsherrler Lehend E. (Luzir 23). Forner Wilhelm E. (Schloßersstraße 8). Forner Wlod E. (Wilmstr. 24). Handemann-Rudolph.

Geboren: Arbeiter Göbe E. (Körnerstraße 24). Arbeiter Gahn E. (Blauerstraße 15).

Geboren: Maurerpoliers Gottschalk Stefan Wittenberg geb. Silbebrandt, 49 3 (Woißhaustraße 18). Bergmann Dietrich aus Gerbitzd, 53 3 (Dorfstrassenhaus). Schulmachers Nikolaus I. 1. W. (Friedrichstraße 38). Hn. Maria Göttsche geb. Deiland, 71 3 (Woißhaustraße 19). Scholifer Steinbreder, 21 F. (Woißhaustraße 38). Wäwe Charlotte Wüchner geb. Darning, 60 3. (H. Woißstr. 9). Aufener-Böcherer Schreiber, 48 3. (Dorfmannstraße 28).

Ansichts-Postkarten

empfeilt die Volksbuchhandlung.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Lignex. — Druck der Halle'sch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.). — Bezugsler: vorm. Aug. G. r. j. e. h. t. 8. J. ä. h. n. g. — Samml. i. Halle a. S.

